

Sitzung des Rates vom 02.02.2010

Entwurf der Rede zum CDU-Antrag auf Errichtung eines Gymnasiums im Stadtbezirk 2 zum Schuljahr 2011/12 (TOP 3.1.6)

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Bevor ich mich mit dem Antrag auseinandersetze, möchte ich eine persönliche Vorbemerkung machen. Ich habe nichts gegen das Gymnasium. Habe ein Leben lang da unterrichtet und tue das auch wieder am Gymnasium meines geschätzten Kollegen Möring und an meiner alten Schule, einem Ganztagsgymnasium, bin ich für die Essensversorgung verantwortlich.

Aber!! Ich habe mein Lehrerleben lang daran mitgewirkt, die pädagogischen und organisatorischen Bedingungen im Blick darauf zu verbessern, dass die Schule der Heterogenität der Kinder und Jugendlichen und damit jedem Einzelnen besser gerecht werden kann. Die Umsetzungen reichen von Bibliothek und Selbstlernzentrum über Essensversorgung bis zur Individualisierung des Unterrichts etwa durch Freiarbeit. – Nebenbei bemerkt: Ich habe das Glück, dass Herr Roters jetzt auf dem Stuhl des Oberbürgermeisters sitzt – der kennt nämlich meine alte Schule.-

Und dieses Aber ist der entscheidende Punkt: Die Realität, die man vorfindet, ist anzunehmen, d.h. die bestehende Schulstruktur und natürlich auch das was in der Elternbefragung zum Ausdruck kommt.

Aber Aufgabe ist es doch, sowohl im beruflichen Alltag wie jetzt in der politischen Verantwortung, Schule so zu gestalten, dass sie dem möglichst gerecht werden kann, wozu es sie überhaupt gibt: nämlich jedem jungen Menschen die Chance und Förderung zu geben, alle Kompetenzen und Fähigkeiten zu entwickeln, die er für ein gelingendes Leben braucht, privat, beruflich, kulturell und gesellschaftlich.

Jetzt zum Antrag der CDU: Im Zusammenhang mit der Diskussion um die neue Gesamtschule Nippes und dem Ergebnis der Elternbefragung hat die CDU sicher gedacht: Das ist jetzt ein geschickter Schachzug, kehrt sie doch den Spieß gegen die mit dem Elternwillen argumentierenden Gesamtschulbefürworter: 59% gegen 23%!! Die Stadt müsste mit Gymnasien geradezu zugepflastert werden! Oberflächlich betrachtet, scheint an dieser Forderung etwas dran zu sein!

Aber was erbringt eine nähere Betrachtung? – Der Antrag der CDU übersieht bzw. ignoriert 3 wesentliche Punkte:

1. Nichts ist doch nachvollziehbarer als der Wunsch der Eltern, dass ihr Kind die Chance auf den höchsten schulischen Bildungsabschluss erhält – das und nur das erklärt letztlich die hohe Akzeptanz des Gymnasiums – die Zahl der Gymnasialempfehlungen liegt tatsächlich bei ca. 40% - schon daraus wird ersichtlich, dass die Zahl der Plätze am Gymnasium völlig anders zu bewerten ist, als es der CDU-Antrag suggeriert.
2. unterschlägt der CDU-Antrag implizit, dass bisher jedes Kind mit entsprechender Empfehlung, das auf ein Gymnasium gehen wollte, auch dort einen Platz bekommen hat. D.h. dem Elternwillen wurde im vollen Umfang Genüge getan (und das soll auch so bleiben!) Das ist aber eben bei der Gesamtschule nicht der Fall – im letzten Jahr waren es, glaube ich 800, die keinen Platz bekommen haben.
3. was den Wunsch nach dem Abitur betrifft: alle empirischen Daten, international und national weisen nach, dass die Chance, das Abitur zu machen, signifikant höher ist, wenn das Kind auf eine Gesamtschule geht statt auf ein Gymnasium, was wesentlich mit der intensiveren Förderung des Einzelnen zusammenhängt.

Damit schließt sich der Argumentationskreis gegen dies durchsichtige Ablenkungsmanöver der CDU:

Der wohlverstandenen Elternwille und das Recht auf Chancengleichheit verlangen geradezu eine Veränderung des Schulwesens hin zur Gesamtschule. Weitere Bestätigung dafür findet man fast jeden Tag in der Presse und ob dieser Hiobsbotschaften tut mir die CDU schon fast leid: Am 27. Januar lese ich, dass 60 Prozent der nordrhein-westfälischen Wahlbevölkerung gegen das gegliederte Schulsystem sind und sogar eine Mehrheit der CDU Anhänger. Am 28. dann weist die Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zum Nachhilfeunterricht auf massive Defizite bei der Förderqualität des deutschen Schulsystems hin.

Und ein letztes Wort zu der Etikettierung des Antrags: *Elternwille statt Ideologie*.

Meines Erachtens ist ideologisch ein Denken, das nicht bereit ist die Realität im Blick auf vernünftige Ziele anzuerkennen. Dahinter steht oft das Interesse am Erhalt bestimmter gesellschaftlicher Strukturen, z. B. durch die Verweigerung von Aufstiegschancen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Das Gymnasium als Bestandteil des gegliederten Schulwesens entstammt sowohl antiquierten ständischen Vorstellungen von Gesellschaft wie auch veralteten Auffassungen über die Berufswelt. Das Festhalten daran ist ideologisch nicht dessen Veränderung. Alles in allem heißt das, dass wir den Antrag ablehnen müssen.